



Schafft der Arme die Armut?

Sie ist ein Skandal: Kinderarmut. Darin sind sich alle einig. Sie ist eine Realität: Kinderarmut in der Schweiz. Kinder und Jugendliche hierzulande sind mit am stärksten von Armut betroffen. Sie sind die Leidtragenden, nicht nur im Kindesalter, sondern oft lebenslang. Wer in einem armen Haushalt aufwächst, trägt ein grosses Risiko, auch als Erwachsener zu den Armen zu gehören. Deshalb will der Bund mit seiner Strategie zur Armutsbekämpfung auf Vorbeugung setzen.

Spätestens hier aber, wo es um Zuständigkeiten und somit ums Zahlen geht, hört der Konsens auf, nicht nur auf den verschiedenen staatlichen Ebenen. Denn um die Lebenschancen von Kindern aus benachteiligten Familien zu verbessern, muss man sehr früh ansetzen, nicht erst ab dem Kindergarten. Früherziehung gilt in der Schweiz aber als private Angelegenheit. «Die Schweiz gehört zu den Ländern, in denen Kinder unter sechs Jahren noch ohne Konzept gebildet und erzogen werden», so das vernichtende Urteil einer aktuellen Studie der schweizerischen Unesco-Kommission. Sprich: Anders als in skandinavischen Ländern, aber auch etwa Italien, fehlen bei uns zum Beispiel subventionierte Betreuungsplätze für Kleinkinder. Besonders für benachteiligte Gruppen wie Kinder unter der Armutsgrenze sei die Situation zurzeit «völlig unbefriedigend».

Sie liesse sich ändern. Aber das kostet. Auch den Steuerzahler. Diesen Zusammenhang zu sehen, fällt schwer. Um wie viel einfacher ist es da, zu glauben, allen hierzulande seien die gleichen Chancen gegeben; vor allem, wenn man selber nicht zu den Armutsbetroffenen gehört. Weil man eine Stelle hat, von der sich leben lässt. Weil die eigenen, gebildeten Eltern um eine gute Schulbildung besorgt waren. Weil man geerbt hat. Oder zumindest keine Kinder hat, und wenn doch, höchstens zwei.

Anders lässt sich nicht erklären, weshalb unsere Gesellschaft bis heute wertend zwischen selbstverschuldeter oder unverschuldeter Armut unterscheidet. Ungeachtet dessen, dass es ganze Bevölkerungsgruppen Armutsgefährdeter gibt: gut ausgebildete Frauen etwa, wenn sie Kinder haben und keinen Partner; oder Familien, die sich mehr als drei Kinder leisten.

Aber selbst Betroffene glauben: Man verdient, was man verdient. Und wenn nicht, beisst man sich tapfer durch. Gibt sich genügsam. Wirklich arm sei man nicht. Lieber sucht man die Fehler bei sich. Zieht sich verschämt zurück. Und macht Armut so unsichtbar.

Auch das muss sich ändern, soll Armut in der Schweiz bekämpft werden können.

Paola Pitton

Strategien zur Armutsbekämpfung

Kompetenzen sind noch zu klären

Immer mehr Menschen sind immer länger auf staatliche Unterstützung angewiesen. Dagegen will der Bund auf Prävention und Wiedereingliederung setzen. Mit seiner Aufteilung von Zuständigkeiten und Lasten sind aber nicht alle Akteure einverstanden.

Text **Paola Pitton** Foto **Peter Pfistner**

Im europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung hat auch die Schweiz das Thema prominent auf ihre Agenda gesetzt: Im Januar forderten Caritas und die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) in ihren Positionspapieren, Armut solle in den nächsten zehn Jahren halbiert werden. In ihrem Programm vom Juni macht sich die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) dafür stark, dass Erwerbstätigkeit und Familie besser vereinbar und Familien-Ergänzungsleistungen bundesweit eingeführt werden. Am 9. November schliesslich wird der Bundesrat im Rahmen einer nationalen Konferenz seine «Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung» diskutieren. Entstanden ist sie unter Federführung des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) in Zusammenarbeit mit den wichtigsten Akteuren auf allen staatlichen Ebenen sowie Sozialpartnern, Nichtregierungsorganisationen und Armutsbetroffenen.

Bei allen inhaltlichen Unterschieden, einig gehen die vier in einem: Es besteht dringender Handlungsbedarf. Immer mehr Personen seien auf das soziale Netz angewiesen, schreibt das BSV im Strategiebericht: «In den letzten Jahren hat sich die Zahl der arbeitsfähigen Personen in der Sozialhilfe stark erhöht.» Gestiegen sei auch die Zahl jener Menschen, die während mehr als drei Jahren auf Unterstützung angewiesen sind. Eine dauerhafte Abhängigkeit vom Staat aber verfestige Armut – teilweise über Generationen.

Keine verbindliche Armutsgrenze

Neben der sogenannten bekämpften Armut gibt es eine ungleich grössere verdeckte Armut: Menschen, die keine Sozialhilfe beziehen, obwohl sie dazu berechtigt wären. Erhielten 2007 gut 3 Prozent der Bevölkerung Leistungen aus der Sozialhilfe, galten fast 9 Prozent der Personen im Erwerbsalter als statistisch arm. Rechnet man zu Letzteren, wie es die Caritas macht, Kinder und über 60-Jährige dazu, leben hierzulande mehr als 850 000 Arme. Genaue Angaben sind schwierig, weil viele Einkommen nahe an der Armutsgrenze sind: 100 Franken mehr oder weniger entscheiden über die statistische Erfassung.

Armut in der Schweiz hängt aber auch von der Adresse ab. Je nach Wohnort erhalten Arme unterschiedliche Beiträge. Oder gar keine. Die Armutsgrenze werde zwar von den Richtlinien der SKOS abgeleitet, «Gemeinden können diese Richtlinien aber anders interpretieren», schreibt das Bundesamt für Statistik.

Hauptsächlich von Armut betroffen sind in der Schweiz Kinder und Jugendliche sowie alleinerziehende Frauen, kinderreiche Familien, schlecht Ausgebildete und Ausländer. Als Armutsrisiken entlang des Lebenslaufs benennt der Bund in seinem Strategiebericht zudem die Übergänge in Ausbildung und

Erwerbsleben, Langzeitarbeitslosigkeit und Altersarmut. Die gesamtschweizerische Strategie gegen Armut fokussiert auf drei Schwerpunkte. So sollen die Chancen für Kinder aus benachteiligten Familien verbessert, die Familienarmut bekämpft und mehr Menschen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Der

«Die Sozialhilfe sichert die Existenz von immer mehr Menschen, für die der Bund mit seinen Sozialversicherungen aufkommen sollte.»

Martin Waser, Präsident Städteinitiative Sozialpolitik

Bund will sich für Letzteres engagieren und dafür insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Institutionen – Arbeitslosenversicherung, IV und Sozialhilfe – verbessern.

Damit stösst er auf Kritik. «Der Bund fokussiert einseitig auf die Arbeitsmarktintegration», sagt Martin Waser, der als Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik Kantone und Gemeinden vertritt. Die Erfahrung der Städte zeige, dass der Arbeitsmarkt «ohne weitere Massnahmen unmöglich alle Erwerbslosen aufnehmen kann». Auch die Caritas moniert, Arbeitsfähigkeit und Arbeitsmarktfähigkeit seien je länger, je weniger deckungsgleich. Bei zwei Dritteln der von der Sozialhilfe Unterstützten sei eine Integration utopisch oder es handle sich um bereits Erwerbstätige. Deswegen müsse man, so Waser, «die soziale Integration gleichgewichtig zur Arbeitsmarktintegration fördern und einen Dialog mit den Arbeitgebern über Auflagen und Anreize zur Beschäftigung von nicht voll leistungsfähigen Personen aufnehmen».

Begrenzte finanzielle Mittel

Der zweite Schwerpunkt gilt der Prävention. Wie lässt sich Armut verhindern? Indem Kantone und Gemeinden die Chancen für Kinder aus benachteiligten Familien verbessern – vor allem bei Kindern im Vorschulalter. Denn «Erfahrungen und Studien zeigen gemäss der schweizerischen Unesco-Kommission, dass bereits im Alter von vier oder fünf Jahren die Unterschiede von Kindern aus bildungsnahen und bildungsfernen Schichten so gross sind, dass sie später kaum mehr wettzumachen sind», heisst es im Strategiebericht. Die Kommission sehe deshalb die frühkindliche Bildung «als Schlüsselfaktor für den späteren Lern- und Lebenserfolg». Und was diese angeht, sei die Schweiz im internationalen Vergleich «bestenfalls Mittelmas».

Um benachteiligte Kinder zu fördern, gelte es, parallel dazu Armut in den Familien zu bekämpfen – der dritte Strategieschwer-



Vorschläge für einen volleren Warenkorb von Armutsbetroffenen gibt es mehrere – wer aber soll dafür aufkommen?

punkt des Bundes. Seine Vorschläge – etwa Zusatzleistungen ausserhalb der Sozialhilfe und Steuersysteme, die der Situation von armutsgefährdeten Familien Rechnung tragen – sieht der Bundesrat als «Empfehlungen» an Kantone und Gemeinden. Im Bericht verweist er auf seinen «begrenzten finanziellen Handlungsspielraum». Und auf die föderalistische Aufgabenteilung. Deswegen wiesen die Vorschläge Kantone und Gemeinden «einen wesentlichen Anteil bei der Bewältigung der Armutproblematik zu», räumt Stephan Arnold, Leiter Bereich Alter, Generationen und Gesellschaft beim BSV, ein. Diese Feststellung helfe nicht weiter, kontert Martin Waser von der Städteinitiative. «Es geht um die Frage, welche Armutrisiken durch die Sozialversicherungen abgedeckt werden und wo die Sozialhilfe einspringt.» Und er kritisiert: «Seit Jahren werden Finanzlöcher in den Sozialversicherungen

«Die Vorschläge weisen Kantonen und Gemeinden einen wesentlichen Anteil bei der Bewältigung der Armutproblematik zu.»

Stephan Arnold, Leiter Bereich Alter, Generationen und Gesellschaft, BSV

dadurch gestopft, dass man bestimmte Gruppen eher willkürlich von den Leistungen der IV und der Arbeitslosenversicherung ausschliesst.» Das falle auf die Sozialhilfe zurück. Diese sichere die Existenz von immer mehr Menschen, für die eigentlich «der Bund mit seinen Sozialversicherungen aufkommen müsste». Auch für die SODK entwickelt sich die Sozialhilfe in Richtung einer «Sozialrente»: eines Sozialhilfebezugs auf Dauer.

Beide Organisationen fordern deshalb vom Bund, dass er die Koordination systemübergreifend verbessert. «Wir brauchen eine Gesamtsicht», heisst es übereinstimmend. Heute erbrächten die verschiedenen Sozialversicherungen und die drei Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden unterschiedliche Leistungen, die zu wenig aufeinander abgestimmt seien. Auch der Gemeindeverband vermisst gemäss Strategiebericht eine Handhabung, die Rollen und Kompetenzen der drei staatlichen Partner klärt. Für Städteinitiative-Präsident Martin Waser muss der Bund nach der Konferenz am 9. November eine «Grundsatzdiskussion» mit Städten und Kantonen in Angriff nehmen. Damit tatsächlich von einer «gesamtschweizerischen» Strategie zur Armutbekämpfung gesprochen werden kann.»

Was ist Armut?

Es gibt keine allgemeingültige Definition für Armut. Armut bedeutet in Entwicklungsländern etwas anderes als in Industrieländern wie der Schweiz. Die Definition der Europäischen Union, die der Strategiebericht des Bundes übernimmt, geht über eine rein materielle Existenzsicherung hinaus und berücksichtigt den gesellschaftlichen Zusammenhang: «Personen, Familien oder Gruppen sind arm, wenn sie über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in ihrer Gesellschaft als Minimum annehmbar ist.»

Armutsforscher Franz Schultheis

«Armut ist der Extremfall von Ungleichheit»

Ist jemand arm, der sich keinen Kinobesuch leisten kann? Nein, finden Gutsituierte wie Betroffene häufig. Der St. Galler Soziologieprofessor über Armut in der Schweiz – und warum sie geleugnet wird.

Interview **Paola Pitton** Fotos **Urs Lindt**

Herr Schultheis, kennen Sie arme Menschen persönlich?

Franz Schultheis: Armutsbetroffene kenne ich durch meine Forschungsprojekte. Privat bekomme ich Arme kaum zu sehen. Armut grenzt aus. Arme Menschen leben zurückgezogen in bestimmten Quartieren – in der Öffentlichkeit, sei es im Kino oder in der Beiz, sind sie kaum anzutreffen.

Arme erhalten staatliche Unterstützung. Sind diese Menschen dann immer noch arm?

Im Gegenteil: Arm sind nur diejenigen, die unterstützt werden. Weil nur sie als arm anerkannt sind; alle anderen, die durch das Netz fallen – weil sie sich etwa schämen, aufs Sozialamt zu gehen –, gelten nicht offiziell als arm. Die vom Staat bekämpfte Armut schafft Armut nicht ab, sie institutionalisiert Armut.

Was meinen Sie damit?

Sozialhilfe kriegen Betroffene, damit sie auf ein gesetzlich festgelegtes finanzielles Minimum kommen. Das ist die Armutschwelle. Die Frage ist: Was gehört zu einem menschenwürdigen Dasein? In Deutschland wurde bei der Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze vor kurzem das Geld für Tabak und Alkohol mit der Begründung gestrichen, das brauche man nicht unbedingt. Damit definieren wir das Grundbedürfnis nahe beim schlichten Überleben. Dagegen berechnen wir kaum mit ein, was zu den kulturellen Grundbedürfnissen unserer Gesellschaft gehört: Fernsehgerät und Telefon, aber auch seinem Kind den Skiurlaub mit der Schule erlauben und sich auch mal einen Kino- oder Theaterbesuch leisten zu können. Wer Sozialhilfe bezieht, kann nicht an der Normalität des Alltags teilnehmen.

Ist man arm, wenn man sich keinen Kinobesuch leisten kann? Auf einen kürzlich im Schweizer Fernsehen gezeigten Dokumentarfilm über Familien mit sehr knappen Budgets reagierten Zuschauer empört. Sie hätten auch nicht mehr zum Leben, würden sich aber nie als arm bezeichnen. Warum diese Haltung?

Niemand will sich als arm bezeichnen. Armut ist ein Makel. Armut identifizieren wir mit Versagen und gesellschaftlichem Misserfolg. Man ist Bürger zweiter Klasse, minderwertig. Nicht nur wir Gutsituierten wollen Armut nicht sehen, um Fragen

auszuweichen, ob es in unserer Gesellschaft gerecht zugeht: Haben wir eine Demokratie im Sinn einer gesellschaftlichen Teilhabe aller? Auch die Betroffenen verleugnen Armut. So entsteht der Eindruck, Armut gäbe es nicht. Ein Teufelskreis.

Die Armut sei selbstverschuldet, befanden Zuschauer bei einer im Film gezeigten kinderreichen Familie und einer Alleinerziehenden.

Wir beklagen den Geburtenrückgang und wissen gleichzeitig, dass Haushalte mit drei oder mehr Kindern überproportional häufig arm sind – das ist zynisch. Dasselbe gilt für Alleinerziehende – meist Frauen. Mit dem Vorwurf, diese hätten sich nicht scheiden lassen oder nicht ohne Ehemann ein Kind in die Welt setzen

«Die Chancenungleichheit ist in der Schweiz immer noch extrem gross – grösser als in den meisten anderen Gesellschaften.»

sollen, verleugnen wir unseren heutigen individualisierten Lebensstil, zu dem Scheidungen und Trennungen gehören.

Ein weiterer Vorwurf lautet, viele Menschen seien arm, weil sie über ihre Verhältnisse lebten.

In Haushalten, in denen man basteln muss, damit es bis zum Monatsende reicht, ist es kaum möglich, eine ökonomische Umgangsweise mit Geld zu entwickeln, weil man keine Ressourcen hat, um über Monate oder Jahre zu planen. Da passiert es schnell, dass man sich übernimmt und in eine Armutsspirale gerät. Bei diesen prekären Haushalten braucht es nur ein, zwei negative Faktoren, wie plötzliche Arbeitslosigkeit, und man rutscht in die Armut ab.

Warum lässt sich nicht klar definieren, wer arm ist in der Schweiz?

Es gibt nicht zwei Zustände, arm oder nicht arm. Gerade die Grauzone dazwischen wächst ständig. In unsicheren Lebenslagen befinden sich etwa Working Poor, Menschen mit einem



Einkommen knapp über der Armutsgrenze. Betroffen sind rund zehn Prozent aller Gehaltsempfänger. Auch hier können eine Scheidung oder ein teurer Zahnersatz reichen, um in den Teufelskreis der Armut zu geraten.

Wer ist arm in der Schweiz?

Überproportional betroffen sind Kinder und Jugendliche sowie die Personen, die sich in der Regel um diese Altersgruppen kümmern, die Frauen. Armut wird vererbt: Ein Kind aus einer bildungsfernen Familie hat eine extrem schlechte Startposition für den grossen Wettlauf in unserer Gesellschaft. Die Chancengleichheit ist in der Schweiz immer noch extrem gross – grösser als in den meisten anderen Gesellschaften. Wir haben weiterhin eine Unterschicht; die Chancen für Kinder, daraus aufzusteigen, stehen schlecht. Armut ist der Extremfall von Ungleichheit und Verteilungsungerechtigkeit.

Auch wenn die Chancen nicht für alle gleich sind, die Schweiz ist ein reiches Land mit einem ausgebauten System der sozialen Sicherheit. Warum gibt es Armut?

Unser soziales Sicherungssystem ist nicht unbedingt besser als das in weniger privilegierten Gesellschaften. Die Schweiz ist eine Wohlstands- und Konsumgesellschaft, in der es einem sehr gut geht, wenn man wohl integriert ist: in den Arbeitsmarkt, mit einer guten Ausbildung. Wer es nicht ist, dem droht trotz allem immer noch Armut. Wir haben zwar nicht das Armutsniveau Frankreichs oder Portugals. Bedenkt man aber, wie sich das Armutsphänomen zum gesamtgesellschaftlichen Reichtum ausnimmt, ist Armut in der reichen Schweiz skandalöser als in vielen anderen Gesellschaften.

In seinem Strategiepapier schreibt der Bundesrat: «Die Bekämpfung der Armut ist eine Aufgabe aller staatlichen Ebenen wie auch der Zivilgesellschaft.» Ist also auch die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen?

Man könnte meinen, nein. Arme, ausser den Working Poor, sind nicht Teil des Arbeitslebens – was sollte die Wirtschaft tun? Deswegen haben wir das Problem dem Staat übergeben. Das finde ich jedoch falsch. Von der Wirtschaft sollten wir zum Beispiel garantierte Mindestlöhne fordern, weil viele Löhne den Lebens-



Franz Schultheis, 57, ist in Bendorf (Deutschland) aufgewachsen und seit 2007 Professor für Soziologie an der Universität St. Gallen. Davor dozierte er an den Universitäten Genf, Neuenburg und Paris. Sein Studium absolvierte er in Freiburg im Breisgau, Konstanz, Nancy und Paris. Schwerpunkt mässig forscht er über Armut und Prekarität, interkulturellen Vergleich, Sozialstrukturanalyse, Kindheit und Jugend sowie Visuelle Soziologie. Franz Schultheis ist Mitglied des Schweizer Forschungsrates. Er ist verheiratet und hat einen sechzehnjährigen Sohn.

haltungskosten hinterherhinken und zu Armut führen können. Oder auch, dass sie für Alleinerziehende flexible Arbeitsbedingungen schafft. Grosse Unternehmen sollten eine Sozialpolitik haben.

Während einer Wirtschaftskrise können Arbeitnehmer nicht fordern, sondern müssen schauen, dass sie konkurrenzfähig bleiben.

Unternehmen haben heute tatsächlich eine lange Liste an handfesten Erwartungen: Der idealtypische Arbeitnehmende muss employable sein, sprich mobil, flexibel, Unternehmer seiner selbst, sich lebenslang weiterbilden und so weiter. Versuchen Kaderleute, also mit Bildungskapital ausgestattete Menschen, diese Forderungen einzulösen, sind sie dafür gerüstet. Das sieht für schlecht Ausgebildete anders aus. Hier zu sagen, ihr kriegt über mein Leiharbeitsbüro für sechs Wochen einen Job, meldet euch danach wieder, bringt sie weder in ihrer Karriere weiter, noch qualifiziert es sie besser. Es entsteht im Gegenteil eine Form von erzwungener Flexibilität; für einen geringen Lohn haben sie immer höhere Anforderungen zu erfüllen. Ausserdem: Schau ich

mir Manager-Boni und Bruttoinlandprodukt an, kann von Krise keine Rede sein. Wir sind eine extrem reiche Gesellschaft und hätten genug Mittel, um Armutsbetroffenen aus der Bredouille zu helfen. Wenn wir dieses politische Ziel wirklich verfolgen würden.

Die Schere zwischen Arm und Reich weitet sich. Warum nehmen wir das hin?

Menschen neigen dazu, den Konsens zu suchen. Wir sind bereit, zu glauben, dass jeder in der Gesellschaft das bekommt, was er verdient. Kommt hinzu, dass die Armutsbevölkerung keine Lobby hat. Sich mit Armut zu beschäftigen, ist für Politiker nicht prestigeträchtig. Damit lassen sich nicht gross Wählerstimmen

«Arme haben keine Lobby. Sich mit Armut zu beschäftigen, ist für Politiker nicht prestigeträchtig.»

gewinnen. Es gibt eine populistische Abneigung gegen das Armutsthema, nach dem Muster: Wir haben etwas gegen die ganz unten, die Sozialschmarotzer, die in der sozialen Hängematte liegen. Eine Lobby ist auch schwer zu organisieren, weil sich die Armutsbevölkerung nicht auf einen Nenner bringen lässt.

Der Bund hat Armutsbekämpfung jetzt zur Chefsache erklärt. Einer seiner Schwerpunkte zur Armutsbekämpfung ist Bildung. Der richtige Weg?

Ja, wenn sie früh genug ansetzt. Bildungstitel sind kein einfacher Scheck, den man einlösen kann. Die Bildungsexplosion ab den 1960er Jahren hat zu einer Titelinflation geführt. Wo früher der Sekundarschulabschluss reichte, braucht man heute oft die Matur. Die Auswahl erfolgt später, über subtile soziale Selektionsprozesse: Auftreten, Kleidung, Smalltalk, Sozialkapital – also das Beziehungsnetz –, diese gesellschaftlichen Ressourcen, die auch ungleich verteilt sind, sind dann entscheidend.

Als weitere Hauptstrategie will der Bund Sozialhilfeempfänger wieder in den Arbeitsmarkt integrieren. Wird das funktionieren?

Für Langzeitarbeitslose kann eine persönliche Ansprechperson hilfreich sein. Im Zusammenspiel zwischen Institution, Betroffenen und Arbeitgeber kann Aktivierung entstehen. Diese Strategie funktioniert aber nicht immer: Was soll ich aktivieren bei einer Mutter von zwei kleinen Kindern? Oder einer Person, die wegen fehlender Ausbildung in eine so schlechte Joblage gerät, dass der Unterschied zwischen dem, was sie mit einem Vollzeitjob verdient, und dem, was sie von der Sozialhilfe bekommen würde, so gering ist, dass sich Arbeit nicht lohnt?

Was also ist zu tun?

Um den Teufelskreis der Vererbung von Armut zu durchbrechen, müssen wir in die Verbesserung von Lebenschancen investieren, etwa über möglichst frühkindliche Erziehung in Kinderkrippen ...

Diese haben wir bereits.

Ganz wenig. Die Schweiz ist hier weit unterentwickelt. Hier gilt noch ein privatistisches Erziehungsideal: Das Kind gehört in die Familie. Das funktioniert bei Wohlstandsfamilien, aber nicht bei bildungsmässig und finanziell schlecht gestellten Familien. Weiter muss Lohngerechtigkeit her, um das Phänomen der Working Poor in den Griff zu kriegen. Und: Armut muss im Gespräch bleiben. ■

Interinstitutionelle Zusammenarbeit bei Mehrfachproblematik

Die Drehtüre ist ein Auslaufmodell

Von der Projektphase in den ordentlichen Vollzug: Der Bund will die Interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen Arbeitslosen- und Invalidenversicherung sowie Sozialhilfe flächendeckend einführen. Klienten sind Menschen, die gleichzeitig mit mehreren Problemen zu kämpfen haben. Ziel ist, sie wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Text **Andreas Affolter**

Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) steht für das Bestreben, die Leistungen von Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung (IV) und Sozialhilfe besser zu koordinieren. Wie nötig dies ist, zeigt ein Fallbeispiel aus Winterthur. Der Schreiner Alberto C.* litt nach einem Arbeitsunfall unter ständigen Schmerzen. Die Liste der Institutionen, die der 34-Jährige aufsuchte, ist lang: Hausarzt, Klinik der Suva, Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV), Berufsinformationzentrum (BIZ), IV-Stelle, regionaler ärztlicher Dienst und Sozialdienst. Auf die Frage, ob er wieder arbeiten könne, bekam Alberto C. widersprüchliche Antworten: Für seinen Hausarzt und fürs RAV war er zu 50 Prozent vermittelbar. Die Ärzte der Suva-Klinik hielten ihn für voll arbeitsfähig, jedoch nur bei leichten Tätigkeiten. Für die IV hatte er keinen relevanten Gesundheitsschaden. Der Schreiner erhielt vom RAV einen versicherten Verdienst von 1350 Franken zugesprochen und bezog für sich und seine Familie ergänzend Sozialhilfe.

«Daraus ist ein klassischer IIZ-Fall geworden», berichtet die Winterthurer IIZ-Koordinatorin Franziska Eggenberger. «Verschiedene Institutionen haben die Situation jeweils für sich abgeklärt, aber sie kannten nur einen spezifischen Ausschnitt. Niemand hatte den Gesamtüberblick.» Das Dossier von Alberto C. landete auf Eggenbergers Schreibtisch, nachdem seine RAV-Beraterin ihn für IIZ angemeldet hatte. Sie besprach die Situation mit dem IIZ-Team, dem je ein Mitarbeitender von RAV, IV und Sozialhilfe angehören. Auf das Assessment folgt die Planungssitzung. An dieser nehmen auch der Klient und der Fallverantwortliche teil, zum Beispiel der zuständige RAV-Berater oder der Sozialarbeiter. Gemeinsam arbeiten sie einen Integrationsplan aus. Die Geschichte

* Name geändert



Foto: Archiv «der arbeitsmarkt»

von Alberto C. hat ein Happy End: Der verunfallte Schreiner bekam das Anrecht auf eine berufliche Massnahme zugesprochen. Er begann im Büro einer Schreinerei zu arbeiten und konnte berufsbegleitend Kurse des Schreinerverbands besuchen.

Durchgezogene Bilanz der Projektphase

Das im Dezember 2005 vom Bund gestartete Projekt IIZ-Mamac (medizinisch-arbeitsmarktliche Assessments mit Case Management) hatte Menschen mit einer sogenannten Mehrfachproblematik im Visier. Das sind Kombinationen von gesundheitlichen Einschränkungen, Sucht, psychosozialen und sozialen Problemen, finanziellen Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit oder schlechten arbeitsmarktlichen Voraussetzungen. Bei komplexen Fällen wird nicht mehr lange darüber debattiert, welche Institution zuständig ist, sondern zuerst untersucht, wo eigentlich die

Probleme liegen und mit welchen Massnahmen am raschesten eine Lösung zu erwarten ist. Mit dem Jahr 2010 endet die IIZ-Mamac-Projektphase, die das Bundesamt für Sozialversicherungen, das Staatssekretariat für Wirtschaft sowie die Konferenzen der kantonalen Sozialdirektoren und Volkswirtschaftsdirektoren getragen haben. Die Bilanz ist durchgezogen: Laut Evaluationsbericht fällt die Performance im Vergleich zur herkömmlich betreuten Kontrollgruppe nicht besser aus: Der durchschnittliche Taggeldbezug aus der Arbeitslosenversicherung (ALV) ist sogar 15 bis 20 Prozent höher. Und der Anteil erfolgreicher Arbeitsintegration ist nur halb so gross.

Gesamtprojektleiter Hans-Peter Burkhard relativiert diese Zahlen: «Die Vorstellung, dass Menschen mit komplexen Problemen innert Kürze wieder in den Arbeitsmarkt reintegriert werden können, ist irrig.» Meistens sei die Vorgeschichte lang, und so brauche es auch längere Zeit, um zu einer Lösung zu kommen. Dafür sei

die Projektphase schlicht zu kurz bemessen gewesen. «Wenn die Betroffenen von der ALV etwas länger Geld beziehen, dafür aber dank IIZ später nicht von der Sozialhilfe abhängig sind, ist dies volkswirtschaftlich gerechtfertigt.» Dass der Ansatz von IIZ richtig ist, zeigt für Burkhard schon der Umstand, dass vier von fünf der befragten Klienten es begrüssen, eine klare Ansprechperson zu

«IIZ nimmt auch die Klienten in die Pflicht. Wenn sie den Willen zur Veränderung nicht mitbringen, ist es schwierig. Damit die interinstitutionelle Unterstützung Früchte trägt, braucht es Eigeninitiative.»

Lorenzo Aliano, Case-Management-Stelle Kanton Solothurn

haben. 90 Prozent wurden vom ersten System beziehungsweise von der ersten Anlaufstelle als Kandidaten für IIZ erkannt. Der zermürbende Drehtüreffekt durch den Gang von Institution zu Institution ist ihnen erspart geblieben.

Kriterien für die Triage lockern

Der Schlussbericht zur Projektphase vermerkt, dass die Fallzahlen mit weniger als 1 Prozent der Neuanmeldungen bei allen beteiligten Institutionen kleiner seien als anfänglich angenommen, und

RAV-Beratende werden entlastet

Den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) kommt bei der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) besondere Bedeutung zu: Um die Situation einer Person mit einer Mehrfachproblematik möglichst rasch ganzheitlich beurteilen zu können, ist es nötig, dass die erste Kontaktstelle – und das ist häufig das RAV – sofort reagiert und diese als IIZ-Kandidatin anmeldet. Wertvolle Zeit geht hingegen verloren, wenn der RAV-Angestellte auch bei geringen Aussichten auf Erfolg zuerst selbst versucht, den Klienten wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die reine Verwaltung von offenen Stellen allein führt bei schwierigen Voraussetzungen kaum zum Ziel. Regula Ziege, langjährige RAV-Personalberaterin und seit drei Jahren in Uster für die Umsetzung von IIZ verantwortlich, spricht von einem sehr wichtigen Instrument: «So kommen baldmöglichst die wichtigsten Infos zusammen.» Das anfänglich aufwendige Anmeldeprozedere sei laufend vereinfacht worden; jetzt gebe es mit einem neuen Informatiksystem nochmals eine Verbesserung. Zudem habe man die RAV-Mitarbeitenden für IIZ sensibilisiert. Sie könnten den Klienten abgeben, sobald dieser als IIZ-Kandidat erkannt sei, und müssten nicht wie ursprünglich vorgesehen noch weitere Abklärungen treffen. Das entlaste sie von schwierigen Dossiers. «Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich die Mehrfachproblematik am häufigsten nach einem Unfall oder längerer Krankheit ergibt.»

Auch die IIZ-Koordinatorin in Winterthur, Franziska Eggenberger, war zuvor RAV-Beraterin. Bei den Assessments fliesse sich ergänzendes Know-how ein. Und die Teilnehmenden lernten die Abläufe der anderen Institutionen kennen. IIZ führe zu zusätzlichen Sichtweisen und damit zu neuen Lösungsansätzen. «Ich kannte nur einen kleinen Teil der IV. Inzwischen ist mir ihre Bedeutung als Eingliederungsversicherung bewusst geworden: Sie spricht lieber Geld, damit jemand wieder fit für den Arbeitsmarkt wird, als dass sie lebenslange Renten ausrichtet.» So könne über die IV eine Ausbildung finanziert werden, die es Klienten mit einer gesundheitlichen Einschränkung ermögliche, eine ihnen angemessene Stelle zu finden. aa

macht beliebt, die Triagekriterien zu lockern – insbesondere was die Komplexität der Fälle betrifft. Und es gelte systembedingte Fehlanreize bei den beteiligten Institutionen zu hinterfragen. So hielten die Wirkungsindikatoren der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren die Mitarbeitenden dazu an, die RAV-Klienten so rasch wie möglich wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern – die Nachhaltigkeit der Massnahme hingegen werde nicht berücksichtigt (vgl. Kasten).

Von welcher Institution kommen wie viele Anmeldungen für IIZ? In Winterthur zum Beispiel hat seit dem Start im Frühling 2007 die Sozialhilfe 30 Personen angemeldet, das RAV 29 Personen, das BIZ 12 und die IV-Stelle 6. Für 51 dieser 77 Klienten wurde ein Integrationsplan erstellt; nicht so weit kam es unter anderem, weil eine berufliche Eingliederung als nicht realistisch galt. 28 Fälle sind inzwischen abgeschlossen – 14 Personen haben eine Stelle gefunden, 3 eine Ausbildung begonnen. 23 der Integrationspläne sind noch in der Umsetzung. «Wir gehen in die Tiefe und entwickeln individuelle Lösungen», sagt IIZ-Koordinatorin Franziska Eggenberger. Man müsse die Realität sehen: «Manche der Betreuten würden noch so gerne arbeiten, erhalten aber im ersten Arbeitsmarkt wegen ihrer physischen oder psychischen Einschränkung keine Chance.» In ganz schwierigen Fällen sei es schon ein Erfolg, wenn ein weiteres «Abrutschen» verhindert werde. Hier gebe man Empfehlungen für eine andere Lösung, etwa um eine Tagesstruktur zu gewährleisten.

Auf kantonalen Strukturen aufgebaut

Auf die Projektphase, bei der 16 Kantone mitmachten, folgt nun der ordentliche Vollzug unter dem Label «IIZ 2011». Dieses beinhaltet zum einen eine einfache Form direkter bilateraler Zusammenarbeit zwischen zwei Institutionen, zum andern für komplexe Fälle eine anspruchsvollere Form mit einem verbindlichen stellenübergreifenden IIZ-Prozess. Vorgesehen sind eine nationale Steuerungsgruppe sowie eine IIZ-Fachstelle auf Bundesebene. In der Einladung zur nationalen Konferenz zur gemeinsamen Bekämpfung der Armut vom 9. November bezeichnet Bundesrat Didier Burkhalter die Interinstitutionelle Zusammenarbeit als einen strategischen Schwerpunkt. Hans-Peter Burkhard weist auf den Rahmen hin, in dem sich diese bewegt. «IIZ ist die Antwort der Praxis auf die komplizierte gesetzliche Situation: Arbeitslosen- und Invalidenversicherung sind zwar auf Bundesebene geregelt, für den Vollzug sind aber die einzelnen Kantone zuständig. Und bei der Sozialhilfe legt der Kanton die gesetzlichen Grundlagen fest, Ausführende sind dann die einzelnen Gemeinden.» Die IIZ

«Die IV ist vor allem eine Eingliederungsversicherung. Sie spricht lieber Mittel, damit jemand wieder fit für den Arbeitsmarkt wird, als dass sie lebenslange Renten ausrichtet.»

Franziska Eggenberger, IIZ-Koordinatorin in Winterthur

setze deshalb bei den Kantonen an, erklärt der Gesamtprojektleiter. Anspruchsvoll sei die Situation bei der Sozialhilfe. Leider gebe es immer noch viele Gemeindepolitiker, die nicht einsehen wollten, dass die kommunale Sozialhilfe bei komplizierten Fällen überfordert sei.

Für Burkhard ist klar: «Die Voraussetzungen, damit IIZ flächendeckend funktioniert, müssen verbessert werden. Dazu braucht es insbesondere mehr Verbindlichkeit bei der Zusammen-



Lorenzo Aliano,
Franziska Eggenberger,
Hans-Peter Burkhard
(von oben)

arbeit. Der Bund legt fest, was zu machen ist, und an den Kantonen liegt es dann, zu schauen, wie sie es machen wollen.» Dies sei insofern sinnvoll, als auf den kantonalen Strukturen aufgebaut werden könne. «Aber es ist auch nicht nötig, dass jeder Kanton das Rad neu erfindet.» Grundsätzlich stellt er fest, dass IIZ dort besser zum Tragen kommt, wo eine Person oder eine Stelle explizit mit ihrer Umsetzung betraut ist. «Je weniger der Ablauf strukturiert ist, umso seltener ergibt sich eine Zusammenarbeit.» Die Mitarbeitenden der Vollzugsstellen in Kantonen mit einem guten Umsetzungsmodell beurteilten IIZ als grundsätzlich geeigneten Weg zur Förderung der Reintegration.

Separate Organisation beste Lösung?

Eines der positiven Beispiele ist für den Gesamtprojektleiter der Kanton Wallis. In jeder der Institutionen sind die für IIZ zuständigen Mitarbeitenden klar bezeichnet. Und sie haben ein festgelegtes Zeitbudget sowie regelmässige Treffs, sodass ein Assessment rasch stattfinden kann. Marie-France Fournier, die von der Walliser IV-Stelle aus das IIZ-Projekt leitet, verweist darauf, dass es im Kanton

«Wenn die Betroffenen von der ALV etwas länger Geld beziehen, dafür aber dank IIZ später nicht von der Sozialhilfe abhängig sind, ist dies volkswirtschaftlich gerechtfertigt.»

Hans-Peter Burkhard, vom Bund eingesetzter Gesamtprojektleiter

seit 1996 den sogenannten Runden Tisch gab, an dem die Versicherungen und der Sozialdienst gemeinsame Fälle diskutierten. «So hatten wir die Kultur bereits, die es für IIZ braucht.» Zudem sei man pragmatisch vorgegangen und habe Erfahrungen gesammelt, bevor ein Konzept aufgestellt wurde. «Wichtig ist, dass der Vertreter in seiner eigenen Institution Entscheidungskompetenz hat.»

Der Kanton Solothurn sticht mit einem Modell heraus, das den Gesamtprojektleiter auch überzeugt. IIZ ist hier nicht nur ein Netzwerk, sondern eine separate Organisation, die geführt wird: Seit 2007 nimmt die eigens geschaffene Case-Management-Stelle die Aufgabe wahr. Auf Interesse stösst bei Burkhard die Trägerschaft des Vereins, die Einwohnergemeinden: «Dadurch sind die bei der Sozialhilfe mitredenden Gemeinden eingebunden.» Geschäftsführer Lorenzo Aliano sagt, die IIZ-Klienten fühlten sich ernst genommen: «Wir haben die Ressourcen für eine enge Begleitung. Da wir neutral sind, also nicht eine einzige Versicherung beziehungsweise Kasse vertreten, können wir längerfristige Ziele verfolgen. Die Beratung erfolgt losgelöst von Geld.» Bei rund einem Drittel der Betreuten gelinge es, sie längerfristig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. «Wir gewährleisten nötigenfalls die Nachbetreuung.» Aliano betont wie alle weiteren befragten Fachleute: «IIZ nimmt auch die Klienten in die Pflicht. Wenn sie den Willen zur Veränderung nicht mitbringen, ist es schwierig. Damit die interinstitutionelle Unterstützung Früchte trägt, braucht es Eigeninitiative.»

www.iiz.ch



Kostenlose Hilfsangebote für Armutsbetroffene und Stellensuchende

Einmal ausdrucken, bitte!

Das totgesagte Internetcafé erlebt als Treffpunkt für Arme und Arbeitslose seine Wiedergeburt. In zahlreichen Schweizer Städten stehen sie bereits gratis zur Verfügung. Weitere sind am Entstehen.

Wer von Armut betroffen ist, kann sich auf ein dichtes Netz an staatlicher und privater Unterstützung verlassen. Möchte aber ein Erwerbsloser ohne eigenen Computer schnell und unkompliziert ein Bewerbungsdossier ausdrucken, weist dieses Netz grosse Lücken auf. Private Hilfswerke und Vereine schliessen diese in einigen Städten.

Ein Augenschein in Basel im «Planet 13», in Bern im «TRiiO» und in Zürich im «Kafi Klick» zeigt, dass das Bedürfnis nach kostenlosen Zugängen zu Internet und Stellenbörsen riesig ist. In allen drei Internetcafés sind an einem gewöhnlichen Wochen-

tag sämtliche Arbeitsplätze besetzt. Ohne Wartezeit ist eine Online-Stellensuche kaum möglich, und die Benützungszeit ist wegen der grossen Nachfrage begrenzt. Vor allem Migrantinnen und Migranten schätzen diese Lokalitäten – nicht nur als Arbeitsplätze, sondern auch als Treffpunkte für den Erfahrungsaustausch oder auch einfach nur, um nicht allein zu sein.

Bei den meisten hier aufgelisteten Angeboten sind Fachleute vor Ort, die den Stellensuchenden beratend zur Seite stehen und auf Termin auch persönliche Beratungsgespräche führen.

Olaf Kühne

Stellensuche, Internet, Bewerbung – eine Übersicht

Aarau

Fachstelle Arbeit
Poststrasse 17, 5001 Aarau
T: 062 836 05 89
Beratung und Unterstützung bei Bewerbungen und Dossiererstellung, für Sozialhilfebezügler und bald Ausgesteuerte der Stadt Aarau

Basel

Internetcafé Planet 13
Klybeckstrasse 60, 4057 Basel
www.planet13.ch

Bern

TRiiO
Spitalgasse 33, 3011 Bern
www.triio.ch
Stellenanzeiger, Internet, Computerarbeitsplätze zur freien Verfügung, kostenlose, persönliche Beratung auf Voranmeldung

Internetcafé Powerpoint
(ab ca. Anfang 2011)
Infos auf www.kabba.ch
«sozialarbeiterfreie Zone»

Genf

ADC Association de Défense des Chômeurs
Cybercafé, 8 rue St. Laurent, 1207 Genf
www.adc-ge.ch
Computerarbeitsplätze mit Internet und Drucker

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
Onex Solidaire
Rue des Grand'Portes 2, 1213 Onex
Hilfe bei Stellenbewerbungen, Beratung bei Fragen rund um das Thema Arbeit

La Chaux-de-Fonds

ADC Association de Défense des Chômeurs
Internetcafé und Atelier
Rue du Premier-Mars 15
2302 La Chaux-de-Fonds
www.adc-ne.ch
Kaffee, Tee, Zeitungen und Internet kostenlos

Luzern

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
Infozentrum Luzern
Bundesstrasse 9, 6003 Luzern
www.sah-zs.ch

Infozentrum Sursee
Centralstrasse 14b, 6210 Sursee
www.sah-zs.ch
Hilfe bei Stellenbewerbungen, Beratung bei Fragen rund um das Thema Arbeit

Schaffhausen

Schreibstube VETS
Emmersbergstrasse 1, 8200 Schaffhausen
Kostenlose Computerarbeitsplätze mit Internet, Drucker, Scanner und Kopierer, Unterstützung bei Bewerbungen

Zürich

Kafi Klick
Müllerstrasse 56, 8004 Zürich
www.kafiklick.ch
Treffpunkt für Armutsbetroffene, kostenloses Internet, Unterstützung beim Schreiben

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
impuls-treffpunkt
Körnerstrasse 12, 8004 Zürich
www.sah-zh.ch
Hilfe bei Stellenbewerbungen, Beratung bei Fragen rund um das Thema Arbeit



Foto: Peter Pfister

Kostenlose Internetcafés sind für Armutsbetroffene oft der einzige Zugang zu Online-Stellenbörsen.



Werner La Macchia ist ein Chrapfner. Immer wieder musste er kämpfen, um ein Auskommen zu haben.

Hauswart und Zeitungsverträger

«Ich habe mich immer durchgeschlagen»

Die 40-Stunden-Woche ist für Werner La Macchia ein Fremdwort. Damit das Einkommen ausreicht, geht er seit Jahren mehreren Tätigkeiten nach. Trotz fehlendem Berufsabschluss verfügt er so über genug Geld zum Leben.

Text **Andreas Affolter** Foto **Peter Pfistner**

Drei Uhr morgens: Werner La Macchia klettert aus dem Bett. Einen Wecker braucht er nicht. Da er ausser sonntags immer um diese Zeit aufsteht, holt ihn die innere Uhr aus dem Schlaf. Jetzt heisst es sich der Witterung entsprechend anziehen: Der 45-jährige beginnt seinen langen Arbeitstag als Verträger von Tageszeitungen in der Region Olten. Mit seinem Auto fährt er zur Bushaltestelle, wo die druckfrischen Ausgaben deponiert sind. Heute stehen zwei Touren auf dem Programm: «Wenn es für mich eine neue Route ist, schreibe ich die von der Vertriebsorganisation erstellten Listen mit Adressen und zugehörigen Titeln nach meinen Ortskennt-

nissen um. Am Anfang prägte ich mir nicht die Namen der Abonnenten ein, sondern die Häuser mit den Briefkästen.» Bis 6.30 Uhr müssen die Zeitungen verteilt sein. Anschliessend gibts ein reichhaltiges Frühstück.

Hauswart von 28 Liegenschaften

Etwa um acht beginnt La Macchias Tag als Hauswart. Er führt möglichst viele Arbeiten selbst aus, da er so besser entlohnt wird: Innenreinigung, Kleinreparaturen, Gartenarbeit, Winterdienst. Bei insgesamt 28 Liegenschaften hat er alle Hände voll zu tun. Er

kenne fast alle Bewohnerinnen und Bewohner. «Für einen kleinen Schwatz bin ich immer zu haben.» So werde er meist direkt angesprochen, falls es einen Mangel zu beheben gelte. «Tropft ein Wasserhahn, flicke ich ihn am nächsten Tag, wenn ich das Material dabei habe.» Auch bei Mietstreitigkeiten versuche er zu schlichten. «Das ist bei den zahlreichen Nationen manchmal nicht einfach. Ein älterer Mieter ertrug den Kinderlärm nicht. Ich erinnerte ihn

«Ich schätze es, mein eigener Chef zu sein. Die Arbeit kann ich mir weitgehend selbst einteilen.»

Werner La Macchia, Hauswart und Zeitungsverträger

daran, dass er selbst ja auch eine Familie gehabt habe. Beklagt sich eine Frau darüber, dass die Waschküche schmutzig zurückgelassen worden sei, putze ich halt selbst nach.»

La Macchia schätzt es, sein eigener Chef zu sein: «Die Liegenschaftsverwaltung redet mir im Normalfall nicht drein. Ich kann mir die Arbeit weitgehend selbst einteilen.» Ein Fixpunkt im Tagesablauf ist die zweistündige Mittagspause: Seine Partnerin hat das Essen zubereitet, gemeinsam geniessen sie dieses. Und so

kann der Hauswart den Nachmittag gestärkt in Angriff nehmen. Feierabend macht er etwa um 19 Uhr. Fällt viel Gartenarbeit an, kann es schon mal 21 Uhr werden.

Am Abend checkt La Macchia die E-Mails und schreibt Rapporte für die Hausverwaltung. Die liegen bleibende Büroarbeit muss am Sonntag erledigt werden. Spätestens um 22.30 Uhr ist Nachtruhe. Ein Schläfchen tagsüber kommt nicht in Frage: «Das bringt mich aus dem Rhythmus. Nachher würde ich mich schlaff fühlen.»

«Selbständigkeit» statt Anstellung

Werner La Macchias Start ins Berufsleben war nicht gerade geglückt. Nach der Hilfsschule, wie man damals sagte, fand er zwar eine Lehrstelle bei einem Schlosser. Doch brach er die Ausbildung ab, weil er sich mit dem Lehrmeister nicht verstand. Nun belud der junge Mann in einer Grossmetzgerei Lastwagen. «Ich schuftete während mehrerer Schichten – manchmal fast 24 Stunden am Stück. Als man meiner Forderung nach mehr Lohn nicht nachkam, kündigte ich.» Als Nächstes versuchte er sich in der väterlichen Velohandlung, wo er Fahrräder reparierte. Mit 24 trat er seine erste und letzte längere Festanstellung an: Während zehn Jahren arbeitete er in den Oltner SBB-Werkstätten als Magaziner. Dann drohte ihm die Arbeitslosigkeit. «Beim zuständigen Amt

Wenn der Job die Lohntüte nicht füllt

«Sie chrampfen mehr als viele von uns, ihr Lohn reicht aber nicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Und ihr Problem ist noch viel zu wenig im allgemeinen Bewusstsein.» Regula Heggli von der Caritas spricht die Working Poor an. Diese machen 39 Prozent der von Armut betroffenen Schweizer Bevölkerung aus. Die Armutsgrenze liegt gemäss der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) bei monatlich 2200 Franken für Alleinlebende, bei 3800 Franken für Haushalte mit einem Elternteil und zwei Kindern unter 16 Jahren. Für Paare mit zwei Kindern beträgt sie 4600 Franken.

Die aktuellste Statistik bezieht sich aufs Jahr 2007, beschreibt also die Situation vor der Wirtschaftskrise: 147 000 Personen oder 4,4 Prozent der Erwerbstätigen waren Working Poor. Sie lebten in einem Haushalt, in dem das Einkommen unter der Armutsgrenze bleibt, wenn die Mitglieder zusammen mindestens 36 Stunden pro Woche arbeiten. Der Soziologe Ueli Mäder bemängelt, die Zahlen des Bundesamtes für Statistik (BFS) orientierten sich an einer hohen Erwerbsquote von über 90 Prozent. «Viele alleinerziehende Frauen befinden sich wegen ihrer Betreuungspflichten unterhalb dieser Quote. Auch wenn sie quasi offiziell unberücksichtigt bleiben, sind sie Working Poor.» 2007 wurden fast 10 Prozent der Haushalte mit nur einem Elternteil als Working Poor eingestuft, während es bei den Alleinlebenden weniger als 2 Prozent waren. Bei den Paarhaushalten stieg der Anteil der Working Poor ab dem dritten Kind auf 18 Prozent. Ausländische Arbeitnehmende befanden sich im Vergleich zu Schweizern mehr als doppelt so häufig in dieser Situation. Besonders gefährdet waren Personen ohne abgeschlossene Grundausbildung.

Prekäre Arbeitsverhältnisse

Working Poor bewegen sich oft in prekären Arbeitsverhältnissen. «Es ist eine relative Unsicherheit vorhanden, die weder erwünscht ist noch finanziell abgegolten wird.» So lautet die Definition des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO). Unterschieden werden drei Formen: zeitliche Unsicherheit (temporäre

oder befristete Arbeit), ökonomische Unsicherheit (Arbeit auf Abruf, Heimarbeit ohne fixe Stundenzahl, reduzierte Pensen) oder fehlender rechtlicher Schutz (Scheinselbständigkeit, kein Arbeitsvertrag, kein gültiger Aufenthaltsstatus). Zusammenfassend: Die Höhe des Einkommens ist unsicher, immer muss mit dem Verlust der Stelle gerechnet werden. Viele Working Poor ertragen die misslichen Arbeitsbedingungen schweigend, weil sie die Entlassung fürchten. Angst und Stress gehören zu ihrem Alltag.

Die Gewerkschaften stellen mit Unbehagen fest, dass die sogenannte Prekarisierung der Arbeit auf dem Vormarsch ist; am stärksten nehmen Arbeit auf Abruf und Praktika zu. Susanne Blank vom Dachverband Travail Suisse spricht von ausbeuterischen Tendenzen. «Solche Arbeitgeber überwälzen ihr Risiko auf die Arbeitnehmenden und damit letztlich auf die Gesellschaft.» Die Betroffenen seien häufig auf die Fürsorge angewiesen, und ihr Versicherungsschutz sei ungenügend; so müsse der Staat bei Unfall oder Invalidität wieder in die Bresche springen. Gemäss SKOS bezieht knapp ein Drittel der Working Poor Sozialhilfe.

Wer in einer Niedriglohnbranche tätig ist, muss nicht zwingend ein Working Poor sein, da bei der Definition eine Rolle spielt, wie sich der Haushalt zusammensetzt. Aber ein Zusammenhang liegt auf der Hand: Etwa 45 Prozent der Working Poor arbeiten in Bereichen mit tiefen Löhnen. Dazu gehören insbesondere das Gastgewerbe, der Detailhandel (speziell kleine Verkaufsstellen), persönliche Dienstleistungen (Coiffeur) und die Reinigungsbranche. Häufig verrichten Working Poor Nacht- und Wochenendarbeit.

Gesetzliche Mindestlöhne?

In Wirtschaftszweigen mit Gesamtarbeitsverträgen sind die Arbeitsbedingungen in der Regel deutlich besser. «Wo sich auf dem Arbeitsmarkt keine sozialpartnerschaftlichen Regeln durchsetzen konnten und wo der Staat diese Lücke nicht ausfüllt, ist

sagte man mir, ich sei verpflichtet, die Stelle anzunehmen, die mir vermittelt werde. Ich zerriss das Formular, das ich zum Ausfüllen erhalten hatte, und ging. Damit verzichtete ich auf die Arbeitslosenunterstützung.» Über ein Temporärbüro kam La Macchia zum Paketzentrum der Post in Härkingen, wo er sich aber überhaupt nicht wohlfühlte.

Mit dem Hauswartposten des Mehrfamilienhauses, in dem er wohnte, legte er sozusagen den Grundstein zur Selbständigkeit: Die Verwaltung übertrug ihm nach und nach die Verantwortung für weitere Liegenschaften. Eine Zeitlang stand er auf Abruf für die Securitas im Einsatz. Und seit 2003 verträgt er Zeitungen und Werbetrucksachen – bis vor kurzem sieben Tage die Woche. Seit Juni dieses Jahres hat er zumindest am Sonntag frei.

Finanzielle Risikofaktoren

Keine abgeschlossene Berufsausbildung, geschieden und für zwei Kinder alimentenpflichtig: Das sind finanzielle Risikofaktoren. Es würde nicht erstaunen, wenn Werner La Macchia einmal auf Unterstützung angewiesen gewesen wäre (vgl. Kasten). Doch er betont: «Ich habe mich immer durchgeschlagen und bin nie vom Staat abhängig gewesen.» Rückblickend beklagt er sich nicht über schwere Zeiten, obwohl er immer wieder kämpfen musste, um ein Auskommen zu haben. Sehr schwierig sei es etwa unmittelbar

nach der Scheidung gewesen. «Als ich auch noch einen Unfall hatte, wusste ich nicht mehr, woher das Geld für die Alimente nehmen.» Da habe er einfach eine Zeitlang keine Steuern bezahlt. «Heute reicht mir das, was ich Ende Monat auf dem Konto habe. Dass es nicht einfach der Lohn für 40 Stunden Arbeit pro Woche ist, spielt für mich keine Rolle.»

La Macchia ist nicht nur ein Chrampfer, sondern auch anspruchslos: «Für meine Arbeit brauche ich einen Wagen. Aber ein altes Modell genügt mir. Beim Zeitungsverträgen stelle ich den

«Als ich einen Unfall hatte, wusste ich nicht mehr, woher das Geld für die Alimente nehmen.»

Werner La Macchia

Motor ständig an und wieder ab. Und als Hauswart muss ich manchmal verdrecktes Material transportieren. Da wäre es ja schade um ein neues Auto.» Ein Hobby hat La Macchia nicht. «Wann hätte ich auch Zeit dafür?», schmunzelt er. Die gute Laune kommt nicht von ungefähr: Zum ersten Mal seit 11 Jahren gönnt er sich Ferien. Bald reist er für eine Woche in die Türkei.» ■

die Zahl der Working Poor deutlich höher», stellt Caritas fest. Eine gewerkschaftliche Grundforderung sind gesetzliche Mindestlöhne, die branchenunabhängig sind. Dorothee Guggisberg von der SKOS sagt: «Schaffen soll sich lohnen. Insbesondere Arbeitnehmende in prekären Verhältnissen müssten von existenzsichernden Löhnen profitieren können.» In der sozialpolitischen Diskussion werden darüber hinaus erwerbsabhängige Ergänzungsleistungen und Steuererleichterungen für Ein- und Zweielternfamilien, eine Erhöhung der Kinderzulagen sowie eine Ausweitung der familienergänzenden Kinderbetreuung gefordert. Zudem empfiehlt Caritas «flankierende Massnahmen der Sozialhilfe, die über die finanzielle Unterstützung hinausgehen». Dazu zählen beispielsweise Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote, welche die berufliche Qualifikation der Working Poor verbessern, wie Regula Heggli erläutert. Es gelte auch der Gefahr vorzubeugen, dass sich die Armut vererbe, weil die Kinder in belastenden Verhältnissen aufwachsen.

Ueli Mäder vermerkt, dass aktuelle Reformen leider darauf drängten, Kosten zu sparen statt Probleme zu bewältigen und die Lage von sozial Benachteiligten zu verbessern. «Die Sozialhilfe konzentriert ihre Anstrengungen auf Sozialhilfeabhängige, die noch intakte Chancen haben, im ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Zu dieser Gruppe gehören vor allem auch Working Poor.» Heggli unterstreicht, mit Sozialpolitik allein lasse sich deren Situation nicht nachhaltig verbessern: «Es braucht eine Querschnittspolitik, bei der auch Bereiche wie

Wirtschaft oder Bildung gebührend berücksichtigt werden.» Dorothee Guggisberg vertritt die gleiche Auffassung: «Der Sozialstaat wirkt ergänzend zur Wirtschaft und nicht ersetzend.» Wirksame Armutsbekämpfung bestehe im Zusammenspiel zwischen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Familien- und Migrationspolitik.

«Dass Working Poor inmitten von Reichtum leben, verschärft die Brisanz», sagt Mäder. Und verweist auf die gesellschaftliche Verantwortung: «In einem Land wie der Schweiz geht es nicht an, die Existenzsicherung der Beliebigkeit zu überlassen. aa
Kommentar im Blog: www.derarbeitsmarkt.ch



Foto: Urs Lindt

Mehr als ein Drittel der von Armut Betroffenen sind Working Poor.



Jugendarmut

Wer nicht hat, dem wird nicht gegeben

Obwohl sich Kumar seit Jahren um einen Ausbildungsplatz als Pflegeassistent bemüht, findet er keine Lehrstelle. Von der Sozialhilfe erhält der junge Schweizer mit tamilischen Wurzeln 450 Franken im Monat.

Text **Christian Keller** Foto **Peter Pfistner**

Begegnet man Kumar* auf der Strasse, ist ihm nicht anzusehen, dass er von Armut betroffen ist. Er wirkt unauffällig, geschäftig und macht einen wachen und gepflegten Eindruck. Seine Kleidung ist einfach, aber sauber, sein Hemd gebügelt, die Schuhe in Ordnung. In seinem linken Ohr trägt Kumar einen grossen, hellen Edelstein, der gut zu seiner dunklen Haut passt. Bei einer Tasse Kaffee erzählt der 23-jährige Mann von seinen Problemen, eine berufliche Ausbildung absolvieren zu können. «Immer wieder wurde mir gesagt, dass ich zu wenig Erfahrung habe; ich soll erst einmal ein Praktikum machen.» Kumar spricht mit leiser, aber sicherer Stimme und blickt seinem Gegenüber offen in die Augen. Er hat eine freundliche, gewinnende Art und spricht leidlich gutes Hochdeutsch. Mit Schweizerdeutsch habe er kein Problem. Viele seiner Freunde seien auch Schweizer und würden nur Mundart reden.

Seit Jahren bemüht sich Kumar um eine Lehrstelle. Er hat nach der obligatorischen Schulzeit das 10. Schuljahr besucht, danach ein praxisorientiertes Brückenjahr mit heilpädagogischer Begleitung, in dessen Rahmen er einen dreimonatigen Pflegehelferkurs absolvieren konnte. Seither weiss Kumar, dass er in der Pflege arbeiten möchte. Doch der Weg von der Entdeckung des Berufswunschs bis zu seiner Erfüllung erwies sich als steinig. Für die einjährige Ausbildung zum Pflegeassistenten, die ihn seinem Be-

rufsziel näherbringen würde, braucht er einen Ausbildungsplatz in einem Spital oder Pflegeheim. Doch immer wieder wurden Absagen damit begründet, dass er erst weitere Praxiserfahrung sammeln müsse, um eine Lehrstelle zu erhalten. «Ich kann nicht mehr sagen, wie viele Bewerbungen für einen Praktikumsplatz oder eine Lehrstelle ich schon geschrieben habe», sagt er mit leiser, aber sicherer Stimme und ergänzt: «Ich habe aufgehört, sie zu zählen. Aber es sind viele.» Dabei deutet er mit zwei Fingern an, wie dick sich sein Gegenüber den Stapel der Absagen vorstellen soll. Dass er mit seinem Berufswunsch richtig liegt, bezweifelt Kumar keinen Moment. «Ich möchte mit Menschen arbeiten, nicht mit Dingen», sagt er entschieden.

450 Franken im Monat

Ob ein junger Mensch als arm gilt oder nicht, hängt nicht allein von seinen persönlichen Vermögens- und Einkommensverhältnissen ab. «Armut wird immer über den Haushalt definiert. Gilt ein Haushalt nach der Definition der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe als arm, gelten auch die Kinder als arm», sagt die Basler Soziologin Elisa Streuli, die sich eingehend mit den Themen Armut und Jugendverschuldung auseinandergesetzt hat (siehe nachfolgendes Interview). Kumar wohnt noch zu Hause. Fünf Personen teilen sich eine Sechs-Zimmer-Wohnung, die monatlich 1750 Franken kostet. Sein Vater ist vor 20 Jahren als Flüchtling in die Schweiz gekommen und fand Arbeit in einer Restaurantküche,

* Name geändert

wo er noch heute beschäftigt ist. Fünf Jahre später konnte die Familie nachfolgen. Kumar war damals sieben Jahre alt. Bis vor kurzem war der elterliche Haushalt ein Einverdienerhaushalt. Kumars Mutter ist Hausfrau, seine Schwester geht noch zur Schule. Der ältere Bruder ist ein Lichtblick für die Familie. Er hat dank einer teuren, selbst finanzierten Ausbildung den Einstieg in das Erwerbsleben geschafft und eine Stelle gefunden, die nach Schweizer Massstab als anständig bezahlt bezeichnet werden kann. Bis die 60 000 Franken des Ausbildungskredits zurückbezahlt sind, wird es freilich noch eine Weile dauern.

Von der Sozialhilfe erhält Kumar monatlich 450 Franken Unterstützung. Für das Wohnen erhält er kein Geld, da er noch im elterlichen Haushalt wohnt, die Krankenkassenprämie wird vom Amt direkt bezahlt. Für alles Weitere müssen die 450 Franken reichen. Reicht es denn auch? «Zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben», sagt Kumar und lacht lakonisch. Manchmal verdiene er sich mit Gelegenheitsjobs noch etwas hinzu. Hilfe da und dort aus. Seit er den Führerschein habe, mache er Fahrdienste mit dem Auto des Vaters. Er könne auch Computer reparieren oder neu installieren. Während Normalverdienende sich nur schwer vorstellen können, wie man so durch den Monat kommen soll, ist es für Kumar kein Problem. Grösster Budgetposten ist das Telefonieren. 50 Franken lädt er sich zum Monatsanfang auf sein Prepaid-Handy. Es liegt vor ihm auf dem Tisch, die chromveredelte Rückseite nach oben. Für Kleidung, erklärt er, gebe er praktisch kein Geld aus, stattdessen lege er regelmässig etwas auf die Seite. «Ich überweise jeden Monat 100 Franken auf ein Sparkonto.» Leiser Stolz schwingt in seiner Stimme mit. Ein kleiner Triumph. Als Spitzenathlet in der Disziplin der Sparsamkeit ist ihm bewusst, dass ihn auf diesem Gebiet nicht so schnell einer das Wasser reichen kann. «Wenn ich etwas dazuverdiene, spare ich noch mehr. Das ist für später, damit ich einmal eine Familie gründen kann.»

Der Traum vom Reichtum

Weil es mit der Pflegeausbildung nicht klappen wollte, habe er sich auch anderweitig orientiert, erzählt Kumar. In einer heilpädagogischen Einrichtung habe er ein Praktikum machen können und im Unterricht mitgeholfen; eine Tätigkeit als Kindererzieher würde ihm auch gefallen. Er habe auch in der Reinigungsbranche

geschnuppert und in der Gastronomie gejobbt. Der Verkauf würde ihm auch zusagen, da hätte er ja auch mit Menschen zu tun. Bei einem Praktikum im Detailhandel habe er aber schlechte Erfahrungen gemacht. Das Arbeitsklima habe ihm nicht gefallen, und er sei von einem Vorgesetzten aus rassistischen Gründen gemobbt worden. Trotzdem sei er heute bereit, jede berufliche Ausbildung zu machen, wenn er nur die Möglichkeit dazu bekomme.

Jetzt helfe er regelmässig in einem Treffpunkt für Armutsbetroffene und Ausländer mit. «Da verdiene ich zwar kein Geld, aber ich erhalte ein Arbeitszeugnis, das ich meinen Bewerbungen beilegen kann.» Er sei mitverantwortlich für die Ordnung und

«Ich überweise jeden Monat 100 Franken auf ein Sparkonto.»

Kumar*, 23, arbeitslos und arm

unterstütze andere bei Problemen am Computer oder beim Verfassen von Briefen und Bewerbungen. Kumar zieht einen Brief aus der Tasche, den er am Vormittag geschrieben hat. Darin fordert er das Bundesamt für Migration auf, einem Tamil-Übersetzer das Mandat zu entziehen, weil er parteisch sei und Landsleute, die mit den Tamil Tigers sympathisierten, in amtlichen Interviews benachteilige und immer wieder übel beschimpfe, weshalb er schon wiederholt zusammengeschlagen worden sei. Dabei, meint Kumar, wäre der Kampf in der Heimat längst nicht so hoffnungslos, wenn sein Volk zusammenhalten würde. Sein Schreiben an die Behörde ist fehlerfrei. Zweifellos ist er im Treffpunkt eine grosse Hilfe für schreibungsgewohnte Kunden, und vielleicht hilft das ehrenamtliche Engagement auch weiter bei Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Was er sich leisten würde, wenn er plötzlich viel Geld hätte? Kumar überrascht erneut. «Wenn ich reich wäre, würde ich ein Hilfswerk für Waisenkinder aufbauen – hier in der Schweiz, für Kinder in Indien oder Sri Lanka.» Der entschiedene Ton, der in seiner Stimme liegt, lässt einen nicht daran zweifeln, dass er es ernst meint. «Reich zu sein und Arme zu unterstützen, ist mein Traum», sagt Kumar. Ein paar materielle Wünsche wären zwar doch noch offen, ein eigenes Auto zum Beispiel. Und wieder einmal eine Reise nach Sri Lanka. ■

Elisa Streuli, Integrationsfachfrau

«Armut vererbt sich über das soziale Lernen»

Der familiäre Hintergrund entscheidet darüber, ob ein junger Mensch als arm gilt – aber auch über seine Chancen, die Armut zu überwinden.

Frau Streuli, heute tragen auch Kinder aus gutem Haus zerschlissene Jeans. Wie lässt sich Armut bei Jugendlichen erkennen?

Elisa Streuli: Armut ist nach aussen hin oft nicht sichtbar. Es wird bei Wichtigem gespart und stattdessen in Statusgüter investiert, um die Armut zu verstecken. Dieser Hang, sich über Statusgüter zu definieren, ist bei Jugendlichen besonders ausgeprägt.

Warum?

Die Statussymbole geben Sicherheit und bestätigen die Jugendlichen im eigenen Rollenverständnis. In einem reichen Land wie der Schweiz ist Armut noch schwieriger zu bewältigen als in einem armen Land, weil man sich immer mit den anderen vergleicht und sich selbst als negativ definiert.

Was bedeutet Armut für junge Menschen?

Die Konsumwelt ist für Jugendliche voller Verheissungen. Können sie diese für sich nicht einlösen, fühlen sie sich schnell als Versager. Dabei spielt der Gruppendruck eine wichtige Rolle. Junge Menschen können sich dem nur schwer entziehen, denn das Bedürfnis nach Zugehörigkeit ist im Jugendalter enorm wichtig. Zudem herrscht bei uns die Ansicht vor, dass jeder dabei sein kann, wenn er sich nur anstrengt. Doch oft ist es für die Betroffenen schwierig, eine Arbeitsstelle zu finden, die zur Sicherung des Einkommens ausreicht.

Welche Gruppen sind von Armut am stärksten betroffen?

Finanzielle Armut ist häufig mit einem tiefen Bildungsstand und mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt verbunden.



Foto: Christian Keller

Elisa Streuli führt die Abteilung «Gleichstellung und Integration» im Präsidialdepartement des Kantons Basel-Stadt. Bevor sie in die Verwaltung wechselte, forschte und lehrte die Soziologin an der Fachhochschule Nordwestschweiz und am Soziologischen Institut der Universität Basel zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen, unter anderem Verschuldung und Armut.

Besonders schwierig ist es, wenn Armut mit Fremdsein zusammenhängt, mit kulturellem Fremdsein, aber auch mit dem Fehlen eines Gefühls des Akzeptiertseins. Ein Migrationshintergrund, kombiniert mit mangelnder Bildung, birgt ein grosses Armutsrisiko.

Gibt es die «vererbte Armut»?

Es gibt eine soziale Vererbung von Armut in dem Sinn, als Kinder mitbekommen, wie ihre Eltern mit ihrer sozialen Situation umgehen. So lernen Kinder, ob es realistisch ist, ein Problem zu überwinden. Armut vererbt sich also über das soziale Lernen.

Welche Bedeutung hat das eigene Verschulden?

Das eigene Verhalten spielt immer mit, man ist nie nur Opfer der Gesellschaft. Doch es gibt Bedingungen, die es schwierig machen, aus einer Armutssituation herauszufinden. Andere vereinfachen es, etwa wenn man im Elternhaus einen guten Boden gekriegt hat. Wer gefördert wurde und die Chance einer guten Bildung erhalten hat, kann sich leichter behaupten in der Welt

«Wer gefördert wurde und die Chance einer guten Bildung erhalten hat, kann sich leichter behaupten in der Welt.»

und hat bessere Karten auf dem Arbeitsmarkt. Selbstverschuldet ist der Anteil, wenn man es selbst «versiebt», etwa wenn man nicht pünktlich ist. Kein Lehrmeister kann es sich leisten, jemanden mitzutragen, der immer zu spät kommt.

Viele Ausländer der zweiten Generation sind wirtschaftlich ausgesprochen erfolgreich ...

Secundos haben tatsächlich eine hohe soziale Mobilität. Doch man muss differenzieren: Es gibt die aufstiegsorientierten Immigrantinnen und Immigranten, die alles daran setzen, dass

ihre Kinder es schaffen. Manche von ihnen zerbrechen an diesen Erwartungen. Neben den Aufstiegsorientierten gibt es aber auch die eher fatalistisch geprägten, die oft eine Rückkehrmentalität haben.

Welche Bedingungen begünstigen den sozialen Aufstieg?

Zu diesem Thema hat die Caritas vor einigen Jahren ein wertvolles Buch mit dem Titel «Einmal arm – immer arm?» veröffentlicht. Es zeigt: Viele, die es geschafft haben, hatten eine Bezugsperson, die an sie glaubte, einen Mentor oder eine Mentorin – etwa einen Klassenlehrer, der die Eltern überzeugt hat, dass mehr in dem Kind steckt, dass es unbedingt gefördert werden muss. Wichtig ist auch der frühe Kontakt zu Büchern ...

... oder zum Internet.

Das Internet wäre ebenfalls ein wichtiges Tor zur Welt, doch der Zugang ist auch bei uns sozial differenziert. Armutsbetroffene Familien haben oft kein Internet zu Hause.

Was hat Jugendarmut für gesellschaftliche Folgen?

Die Verringerung der Ungleichheit ist ein zentrales Anliegen. Sozialer Zusammenhalt ist wichtig für eine Gesellschaft und verhindert gesellschaftliche Folgekosten, etwa im Bereich der Sicherheitsprävention. Doch der materielle Verteilungskampf steht der Solidarität häufig im Weg. Man hat immer das Gefühl, dass einem das Stück des Kuchens entgeht, das der andere erhält. Dabei käme eine gerechtere Verteilung des Reichtums auch den Bessergestellten zugute. Wie hat Mani Matter gesungen? «Dene was guet geit, giengs besser, giengs dene besser, was weniger guet geit ...»

Interview: Christian Keller

Literatur:

Elisa Streuli, Olivier Steiner, Christoph Mattes, Franziska Shenton

Eigenes Geld und fremdes Geld

Jugendliche zwischen finanzieller Abhängigkeit und Mündigkeit
Edition Gesowip, 2008.

Zusammenfassung als PDF unter www.fhnw.ch/sozialarbeit/ikj/publikationen

Versteckte Armut

«Ich gehe nicht mehr gerne unter Menschen»

Über ein Viertel aller Armen bezieht keine öffentlichen Unterstützungsleistungen. Eine Betroffene erzählt, warum sie den Gang zum Sozialamt lange hinauszögerte.

Text **Olaf Kühne** Fotos **Olaf Kühne** und **Peter Pfistner**

Kalenderbilder von Stränden mit Palmen, weissem Sand und strahlend blauem Himmel zieren die Wände in Marianne Kellers* Wohnzimmer. Die zwölf Quadratmeter sind der Lebensmittelpunkt der 56-Jährigen. Hier schläft sie, hier schaut sie fern, hier verbringt sie die meiste Zeit des Tages. Die Bilder sind für Marianne ein Fenster zur Welt, Erinnerungen an Zeiten, als sie sich Reisen noch leisten konnte, und ein Symbol für einen Ort, an

«Ich bekam Depressionen und ernährte mich nicht mehr richtig.»

Marianne Keller*, Sozialhilfebezüglerin

dem sie lieber wäre als in ihrer engen 850-Franken-Wohnung in einem kleinen Dorf im Luzerner Seetal. So ziehen sich Poster von den Malediven, eigene Ferienfotos von Ägypten, Muscheln und Fläschchen mit Sand wie ein roter Faden der Sehnsucht durch das Appartement.

Marianne Keller hat nicht immer in Armut gelebt. Vor 16 Jahren war sie noch glücklich verheiratet. «Wir waren nie vermögend. Mein Mann musste seiner ersten Frau Alimente zahlen», erinnert sie sich, «aber wir haben immer beide gearbeitet und nicht schlecht davon gelebt.» Der Abstieg begann, nachdem ihr Mann überraschend an Lymphdrüsenkrebs verstorben war. Weil sie damals erst zweieinhalb Jahre verheiratet und noch nicht 45 Jahre alt war, beläuft sich ihre Witwenrente auf bloss 1100 Franken im

* Name von der Redaktion geändert





Tristesse ohne Perspektive: Marianne Keller verbringt die meiste Zeit allein in ihrer kleinen Wohnung.

Monat. Von diesem Betrag und einigen Zuwendungen hat Marianne während zweier Jahre gelebt. Davor lag eine lange soziale Abwärtsspirale. Diese setzte ein, als Keller kurz nach dem Tod ihres Mannes auch noch ihre Stelle verlor. Das Teppichgeschäft an der Zürcher Goldküste, in dem sie für das Büro verantwortlich war und im Verkauf aushalf, war in wirtschaftliche Schieflage geraten und musste seine Personalkosten senken.

Abstieg und Rückzug

Marianne Keller begann zu trinken. Die Spirale drehte sich weiter. «Am Anfang war es das sprichwörtliche Glas Wein am Abend», beschreibt sie ihren Einstieg in die Sucht, «mein Kopf war voll mit Problemen, und ein, später zwei Gläser halfen mir beim Abschalten und Einschlafen.» Aus den ein, zwei Gläsern wurde bald die ganze Flasche, und nur kurze Zeit später beschränkte sich der Konsum auch nicht mehr auf den Abend. Marianne trank. Sehr schnell schrumpfte in der Folge ihr Freundeskreis. Sie versucht, ihr damaliges Umfeld zu verstehen: «Die gemeinsamen Freunde waren wohl teilweise mit dem Tod meines Mannes genau so überfordert wie ich. Mein berufliches Umfeld löste sich durch meine Entlassung quasi über Nacht in Luft auf. Und ich begann schliesslich auch wegen der Trinkerei, mich immer mehr zurückzuziehen.» Bis sie es kaum mehr aushielt: «Als dann noch innert weniger Wochen zwei meiner drei Katzen gestorben sind, bin ich fast durchgedreht!» Ein alter Freund vernahm von ihrem Schicksal und vermittelte ihr eine Wohnung und eine Stelle in einem neu eröffneten Restaurant in Braunwald. Das Glarnerland und der neue Job boten genau den gewünschten Tapetenwechsel. Und so zog Marianne voller Euphorie in die Berge. Am Fusse des Klausenpasses fühlte sie sich sofort wohl. Sie war endlich wieder unter Menschen, sie wurde wieder gebraucht. Selbst mit der Trinkerei konnte sie aufhören, trotz dem diesbezüglich nicht gerade optimalen Umfeld.

Das neu gefundene Glück Marianne Kellers dauerte nicht sehr lange. Ihr Chef ging mit seinem Lokal bereits nach acht Monaten in Konkurs. Sie stand wieder auf der Strasse. Wieder abstürzen wollte sie aber nicht. Zu frisch und zu schmerzlich waren ihre

Erinnerungen an die Zeit, als sie tagelang alleine in der Wohnung gegessen und eine Flasche nach der anderen geleert hatte. So nahm sie sich vor, nicht wieder in diesen Teufelskreis zu geraten: «Ich nahm jeden Job, der sich mir bot. Vier Jahre lang habe ich als Aushilfe in verschiedenen Restaurants und im Volg gearbeitet. Finanziell war es immer knapp, aber es ging.» Bis sie schliesslich wieder ganz ohne Job war. Ein weiterer Tapetenwechsel zeichnete sich ab: «Meine kranke Mutter musste im Aargau ins Altersheim. Ich war arbeitslos und fragte mich, was mich im Glarnerland noch hält.»

Marianne fand die Wohnung im Luzerner Seetal, in der sie heute noch wohnt. Nicht schön, nicht gross, aber bezahlbar und nicht allzu weit von ihrer betagten Mutter entfernt. Diese verstarb kurze Zeit später. Ein weiterer Schlag für die gebeutelte Neo-Luzernerin. Inzwischen 49 Jahre alt, gestaltete sich ihre Stellensuche zunehmend schwieriger. Immerhin fand sie nach einigen Monaten eine Teilzeitstelle als Putzfrau in einem medizinischen Wellnesscenter. «Diese Arbeit habe ich sehr gerne gemacht», erinnert sie sich, «es war für mich ein neues Umfeld, und ich habe interessante und nette Menschen kennengelernt.» Doch auch an dieser Stelle geriet Marianne wieder mitten in eine Umstrukturierung. Eine neue Chefin, ein neues Konzept, in das die nun 50-Jährige nicht mehr passte. Immerhin hatte sich damit ihr Anspruch auf Taggelder der Arbeitslosenversicherung verlängert. Denn nun war sie wieder einmal richtig arbeitslos. Zwischenzeitlich hatte ihre Tante einen Schlaganfall erlitten und bedurfte regelmässiger Pflege. Marianne kümmerte sich um sie. Anfangs unentgeltlich. Bald aber war sie von der Arbeitslosenkasse ausgesteuert. Die 1100 Franken Witwenrente blieben ihr einziges regelmässiges Einkommen. «Ich hätte gleich aufs Sozialamt gehen sollen», gesteht sie sich ein, «aber im Nachhinein ist man immer klüger.»

Finanziell vor dem Nichts

Stattdessen stützte sie sich auf die finanziellen Zuwendungen ihrer pflegebedürftigen Tante. Ein paar hundert Franken, manchmal sogar 500. Es reichte irgendwie. Als dann auch die Tante verstarb, blieb Keller nichts anderes übrig, als auf das letzte

Vermögen zurückzugreifen, das ihr verblieben war: Ein Häuschen in Italien, mit dem sich ihr Mann einst den Traum vom Auswandern verwirklichen wollte. Marianne überkam die Unvernunft. Mit dem Verkauf des Hauses löste sie rund 50 000 Franken. Ein ansehnlicher Betrag für jemanden, der sich daran gewöhnt hat, von weniger als 2000 Franken zu leben. Doch das Geld sollte nicht lange bei ihr bleiben: «Ich hatte seit einer Ewigkeit das Meer nicht mehr gesehen. Das Geld habe ich buchstäblich verrestet!» Zusammen mit ihrem Bruder, der zu ihrer engsten Bezugsperson geworden war, liess sie es sich richtig gut gehen. Sie reiste nach Ägypten und Teneriffa und legte sich auch in Oman und auf den Malediven in den warmen, weissen Sand. «Natürlich war es falsch – oder zumindest sehr unvernünftig», gesteht sie ein, «aber nachdem ich mir jahrelang nichts gegönnt hatte und dennoch einen Schicksalsschlag nach dem anderen verkraften musste, konnte ich einfach nicht anders. Ich bereue es nicht mal. Dafür sind die Erinnerungen an diese Reisen einfach viel zu schön. Und wer weiss, ob ich jemals wieder an solch tolle Orte kommen werde?»

Immerhin die Erinnerungen und viele Fotos blieben Marianne Keller. Finanziell stand sie nach eineinhalb Jahren jedoch wieder vor dem Nichts. Den Gang zum Sozialamt schaffte sie dennoch nicht, obwohl ihr verbliebenes Umfeld sie von diesem Schritt zu überzeugen versuchte: «Vor allem meine Schwester pushte mich. Ihr stetes Argument war, dass das jedem passieren könne, und ich mich sicher nicht zu schämen brauche.» Sie schämte sich trotzdem – und ist damit kein Einzelfall: Scham sei der häufigste Grund, das Sozialamt zu meiden, weiss Monika Flöcklmüller, seit zwölf Jahren Geschäftsleiterin der Winterhilfe Stadt Zürich. «Ich erlebe oft, dass sich die Menschen lieber zuerst an ein privates Hilfswerk wenden. Für unsere Klientel ist die Hemmschwelle einfach kleiner. Da wir von der Winterhilfe nur punktuell helfen, sei es bei einer Zahnarztrechnung, einem Heizkostenzuschuss oder auch mit Einkaufsgutscheinen, können wir auch wesentlich unbürokratischer handeln als staatliche Institutionen.»

Schmuck und Hermès-Tücher verkauft

Um über die Runden zu kommen, begann Marianne Keller, ihren Schmuck zu verkaufen. Einzig von ein paar wenigen Familienerbstücken mochte sie sich bis heute nicht trennen. Dafür gab sie die wertvollen Hermès-Tücher ihrer Mutter weg. Mit den jeweils paar hundert Franken konnte Marianne wieder für lange Zeit ihren Kühlschrank füllen: «Damals begann ich zu rechnen. Mit dem Auto nach Wohlen in den LIDL war billiger als zu Fuss in den Volg.» Einen weiteren finanziellen Zustupf erhielt sie, wenn sie befreundeten Schaustellern auf der Kilbi half. 300 Franken für ein Wochenende in der Schiessbude waren für sie sehr viel Geld. So sollten weitere zwei Jahren vergehen, bis der Leidensdruck schliesslich unerträglich wurde: «Ich war an dem Punkt angelangt, wo es nicht mehr ging. Ich bekam Depressionen und ernährte mich seit langem nicht mehr richtig.» Sie meldete sich endlich auf dem Sozialamt ihrer Gemeinde. Mit ihrem langen Zögern und ihrer Angst vor der öffentlichen

Wahrnehmung von Sozialfällen bestätigt Marianne den Soziologen Kurt Wyss: «Der Anteil von Personen, die den Gang auf das Sozialamt meiden, obwohl sie ein Recht auf Existenzsicherung hätten, ist schon immer hoch gewesen. Das hat primär damit zu tun, dass die Leute sich schämen, als arm geoutet zu werden. In der Schweiz, wo viel Wert auf sogenannte Eigenständigkeit oder Selbstverantwortung gelegt wird, ist diese Scham gross.» 2008



«Die Nichtbezugsquote ist sehr viel höher als die Quote von Personen, welche die Sozialhilfe missbräuchlich beziehen.»

Kurt Wyss, Soziologe

bezogen laut Berechnungen des Bundesamtes für Statistik 28,2 Prozent der zu Sozialhilfe berechtigten Personen keine öffentlichen Unterstützungen. Über neuere Zahlen verfügt Wyss nicht: «Ich gehe aber davon aus, dass sich die Problematik infolge der Missbrauchs-Debatten rund um die Sozialhilfe sowie die dadurch repressiver gewordenen Sozialämter nochmals erheblich verschärft hat.» Der Soziologe widerspricht auch der oft geäusserten Ansicht, die Sozialhilfe sei ein Schlaraffenland: «Die hohe Nichtbezugsquote bei der Sozialhilfe straft die immer wieder geäusserte Meinung Lügen, wonach die Armutsbetroffenen das Sozialamt wie eine Zahlstelle betrachten und – wie es dann heisst – das Geld einfach abholen. Dem ist nicht so. Die Nichtbezugsquote ist auf jeden Fall sehr viel höher als die Quote von Personen, welche die Sozialhilfe missbräuchlich beziehen.»

Für Marianne Keller war der Gang zum Sozialamt schliesslich wie eine Befreiung: «Meine Betreuerinnen sind sehr nett und fair zu mir. Dennoch habe ich auch nach bald zwei Jahren noch jedes Mal das Herz zuoberst, wenn ich zum Termin muss.» Wie lange sie noch von der Fürsorge abhängig sein wird, weiss die 56-Jährige nicht. Sie bewirbt sich auf alle erdenklichen Stellen zwischen Luzern, Zürich und Basel und hat sich längst daran gewöhnt, dass sie auf die meisten Bewerbungen nicht einmal eine Absage erhält. «Oft wünsche ich mir, ich wäre zehn Jahre älter und pensioniert», berichtet sie wehmütig. Stigmatisiert fühlt sie sich zwar nicht, aber sehr abgekapselt: «Ich gehe nicht mehr gerne unter Menschen. Auch weil das Geld kaum je für einen Restaurantbesuch reicht. Nur schon deshalb würde ich wahnsinnig gerne wieder arbeiten.»